

28.09.2015

Rat beschließt: Leistungsspektrum der Sekundarschule bekannter machen und Maßnahmenpaket zur Stärkung der Feuerwehr



In seiner jüngsten Bedburg-Hauer Ratssitzung entschieden die Ratsmitglieder auch über mehrere Anträge der Ratsfraktionen. Sehr zufrieden mit den Entscheidungen konnte die SPD sein. So wurde deren Antrag auf Bewerbung des Leistungsspektrums der Sekundarschule einstimmig beschlossen. Ebenfalls einstimmig wurde ein von SPD und FDP gemeinsam verfasster Antrag zur Stärkung der Freiwilligen Feuerwehr beschlossen. Obwohl zwischen der SPD und CDU bezüglich einer Grundstücksangelegenheit noch keine Einigkeit hergestellt werden konnte, dennoch fand auch die von der SPD beantragte Prüfung auf Wohnbebauung von Innenbereichsflächen grundsätzlich die Zustimmung aller Fraktionen. SPD-Fraktionsvorsitzender Willi van Beek: „Es ist gerade im Interesse der beantragten Sachverhalte sehr zu begrüßen, wenn es eine breite Unterstützung vom Rat gibt. Die Bewerbung des Potentials und Leistungsspektrums unseres weiterführenden Schulstandortes der Sekundarstufe 1 und die Erarbeitung des Maßnahmenpaketes zur Stärkung der Freiwilligen Feuerwehr dürften davon profitieren. Das freut uns besonders.“

Die SPD sieht mit dem Beschluss zur Sekundarschule die Chance gegeben die Quote von 50 Prozent Bedburg-Hauer Schulkindern am Sekundarschulstandort in Bedburg-Hau auf 75 Prozent weiter zu verbessern. „Wenn sich das überzeugende pädagogische Konzept und Engagement des Lehrpersonals erst weiter herumgesprochen hat, sollte dieses Ziel zügig zu erreichen sein. Auch die Zustimmung aller Fraktionen zur Prüfung von Maßnahmen zur Stärkung und Anerkennung der Freiwilligen Feuerwehr lässt erwarten, dass nun ein Paket zusammen mit der Wehrleitung geschnürt werden kann, dass breite Akzeptanz findet“, so van Beek.

Zurückgestellt wurde vorerst ein Antrag der Sozialdemokraten, der die Anregung auf Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums im Kreis Kleve beim Landrat vorsah. Auf Vorschlag des Bürgermeisters Peter Driessen sollen zuerst die Entscheidungen zu einem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Einrichtung eines kreisweiten Runden Tisches zur Flüchtlingsarbeit abwartet werden.

